

Erscheint  
wöchentlich 2 Mal  
(Dienstag und Freitag)  
Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mark.  
Eine einzelne Nummer  
kostet 10 Pf.  
Inseratenannahme  
Montags u. Donnerstags  
bis Mittag 12 Uhr.

# Wochenblatt

Erscheint  
wöchentlich 2 Mal  
(Dienstag und Freitag)  
Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mark  
Eine einzelne Nummer  
kostet 10 Pf.  
Inseratenannahme  
Montags u. Donnerstags  
bis Mittag 12 Uhr.

für  
**Wilsdruff, Tharandt,**

**Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.**

**Amtsblatt**

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Weissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

**Neununddreißigster Jahrgang.**

**Nr. 90.**

**Freitag, den 14. November**

**1879.**

## Bekanntmachung.

Die Schulvorstände des hiesigen Bezirks werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß die Anzeige über die für den Fall einer Mobilmachung als **unabkömmlich** zu bezeichnenden Lehrer

**bis zum 20. dieses Monats**

anher zu erstatten und dazu das S. 166 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1876 ersichtliche Schema zu benutzen ist.  
Weissen, am 8. November 1879.

**Die Königliche Bezirksschulinspektion.**

i. v.  
**von Mayer.**

**Wangemann.**

### Die sächsische Finanzlage.

Mit der Eröffnung des Landtages ist das Interesse der Bevölkerung in erhöhtem Maße auf die Finanz- und Steuerfrage gerichtet, die nicht erst jetzt uns in ernster Weise berührt, sondern schon im vorigen Jahre zu mancherlei Befürchtungen Veranlassung gab. Die glücklichen Zeiten, wo die Rechnungsabschlüsse der Staaten des deutschen Reiches immer einen Ueberschuß ergaben, sind leider vorüber und die Periode der Deficits hat begonnen. Für jeden Steuerzahler ist diese betrübende Thatsache von großer Tragweite, denn er muß auch an seinem Theile mit dafür haften, daß die Deficits beseitigt und die Rechnungsabschlüsse wieder in's Gleichgewicht gebracht werden. Nun ist zwar bei Berathung des neuen Zolltarifs wiederholt behauptet worden, daß die Einzelstaaten durch die erhöhten indirecten Einnahmen im Reiche entlastet und von den Matritalarbeiträgen befreit werden sollten; allein selbst bei Realisirung dieser Verheißung wird der einzelne Staatsbürger noch lange Zeit die bisher erhobenen directen Steuern (Grund- und Einkommensteuer etc.) in der jetzigen Höhe fortbezahlen und infolge der Vertteuerung verschiedener Artikel (wegen der Bölle) noch außerdem höhere Opfer für das Wohl des Staates bringen müssen.

Die Verhandlungen auf dem bayerischen Landtage haben uns die Gewißheit gebracht, daß Bayern, selbst wenn es die Matritalarbeiträge nicht mehr an das Reich zu bezahlen brauchte, noch immer ein Deficit von 5 Millionen Mark zu decken hätte. Auch in Preußen, daß ein Deficit von über 40 Millionen Mark hat, werden die indirecten Steuern zu einer Entlastung der directen Abgaben vorläufig nicht führen, wenn die letzteren den „Kern“ bilden sollen, an den sich, wie der Finanzminister Bitter in seiner kürzlich gehaltenen Rede hervorhob, die indirecten Steuern, sowie alle anderen Staatseinnahmen anschließen sollen.

In Sachsen liegen die Verhältnisse zwar nicht ganz so traurig; doch auch hier muß der Landtag auf Beseitigung des Deficits bedacht sein. Der Grund, weshalb der für die zweijährige Finanzperiode 1878—79 vom vorigen Landtage aufgestellte Haushaltplan nicht stimmt, sondern mit einem Jahresdeficit von etwa 5 Millionen Mark abschließt, liegt nicht etwa darin, daß die Regierung in die Millionen hinein ausgegeben, also leicht gewirthschaftet, sondern darin, daß die Einnahmen, welche unsere Kammern für die laufende Finanzperiode erwarteten, zu hoch eingestellt waren.

Als der Landtag im Jahre 1877 zur Berathung beisammen war, da kosteten die Kohlen und das Holz noch mehr als jetzt, und auch die Eisenbahnen hatten noch mehr zu thun. Letztere haben aber fortwährend schlechtere Geschäfte gemacht, in Folge dessen der Reinertrag von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist. Die Kammern hatten den Nettoüberschuß bei den Staatsbahnen, den wichtigsten Einnahmequellen Sachsens, mit 26,508,500 Mk. für's Jahr veranschlagt; in Wirklichkeit hat aber die für das Jahr 1878 abgelieferte Summe nur 21,875,000 Mk. also 4,633,500 Mk. weniger betragen. Im ersten Vierteljahre von 1879 bezieht sich der Reingewinn sogar noch um 605,000 Mk. weniger als in dem gleichen Zeitraume des vorhergehenden Jahres, so daß demnach der Ausfall für dieses Jahr noch bedeutender zu werden droht. Da nun seit dem Jahre 1876 bis Ende 1878 das Anlagekapital für Staatsbahnen um 80 Mill. Mk. erhöht worden ist, die Einnahmen bei denselben aber trotz des Zuganges von 330 km neuer Linien von 62 auf 58 Mill. Mk. zurückgegangen sind, so läßt sich daraus ziemlich klar erkennen, wie schlecht die Geschäfte waren.

Die Staatsforsten galten in früheren Finanzperioden als Goldgruben, aber jetzt sind sie nur als Silberminen anzusehen; denn während dieselben z. B. auf die Finanzperiode 1874—1875 einen Reingewinn von 18,243,921 Mk., also über 9 Mill. Mk. fürs Jahr ergeben hatten, konnten aus ihnen im Jahre 1878 nur 6,287,329 Mk. an das Finanzministerium abgeliefert werden, so daß der Ausfall gegenüber der angenommenen Einnahmesumme sich auf etwa 450,000 Mk. fürs Jahr beläuft.

Die königl. Steinkohlenwerke, welche beispielsweise in den Jahren 1874—1875 noch mit einem Ueberschuß von 2,559,017 Mk. abschlossen (die Neubauten hatten allerdings wieder über die Hälfte davon verschlungen), ergaben für 1878 statt der etatsirten 460,200 Mk., nur 285,200 Mk. und es ist auch hier das fortwährende Sinken der Preise an diesem Ausfalle schuld.

Auch die directen Steuern ergaben nicht so viel, wie man erwartete; denn viele Geschäftsleute haben geringere Einnahmen als

früher und können daher auch nicht mehr so hohe Abgaben bezahlen, weshalb bei diesem Kapitel eine jährliche Mindereinnahme von 562,000 Mk. zu verzeichnen ist. Im Ganzen sind also etwa 5,762,000 Mk. weniger eingenommen worden, als man erwartete. Diese Angaben beziehen sich zwar nur auf die nun bald beendigte Finanzperiode 1878/79, allein auch in nächster Zeit haben wir keine Besserung, viel eher eine Verschlechterung in Aussicht.

Bei Feststellung des Etats werden daher unsere Abgeordneten bedacht sein müssen, die Einnahmen um etwa 4 Mill. Mk. niedriger anzunehmen, damit nicht wieder solche Mindereinnahmen vorkommen. Trotz aller Ersparnisse, die dem Laien vielleicht manchmal kleinlich erscheinen, werden sich die Ausgaben im Vergleiche zu früherer Zeit noch um 1 1/2 Mill. Mk. erhöhen, so daß ein Deficit von 6 1/2 Mill. in der folgenden Finanzperiode bevorsteht. Wie soll dasselbe beseitigt werden, zumal wir an Schulden infolge des Ankaufs der vielen Privatbahnen in Sachsen hinlänglich zu tragen haben; denn während am Ende der Finanzperiode 1874/75 die Staatsschulden 368,167,583 Mk. betragen, werden sie sich jetzt auf weit über 400 Mill. Mk. belaufen, so daß eine hübsche Zeit vergehen dürfte, ehe wir diese Schulden bezahlen werden können. Erfreulich sind diese Aussichten für den Steuerzahler keineswegs, indes die schlechten Zeiten gehen hoffentlich vorüber und bleibt uns daher Nichts weiter übrig, als mit Patriotismus die schweren Pflichten, welche uns das Vaterland auferlegt, zu erfüllen.  
(„Glückauf“.)

### Tagesgeschichte.

Berlin. Se. Majestät der Kaiser hat für die Ueberschwemmten in Murcia (Spanien) 10,000 Mark zu bewilligen geruht.

Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß, was auch dagegen gesagt werden mag, in der Welfenfrage eine Wendung sich vorbereite. Es steht fest, daß von den Verwandten des Herzogs von Cumberland in England, Dänemark und Rußland seit den letzten Wochen die lebhaftesten Bemühungen gemacht worden, den Herzog dahin zu bestimmen, daß er seinen Frieden mit Preußen macht. Mit welchem Erfolge dies geschehen, läßt sich nicht sagen, da bis zur Stunde irgend welche positive Vorschläge hierher noch nicht gemacht sind; dagegen ist man bemüht, zu erkunden, wie hier die Stimmung in Bezug auf diese Verhältnisse ist.

Berlin, 10. November. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Die Aussichten der großen Eisenbahnvorlage, deren Diskussion morgen beginnt, sind etwa die folgenden: Die conservative Fraktion soll sich einstimmig für dieselbe erklärt haben und eine ähnliche Haltung setzen wir bei den Freiconservativen voraus. Ebenso ist eine sehr erhebliche Majorität der nationalliberalen Stimmen dafür gesichert, doch wird man von dieser Seite auf die Nothwendigkeit hinweisen, Garantien zu schaffen. Diese Garantien werden vorzugsweise gesucht in der gesetzlichen Anordnung, wonach bei reichen Erträgen der Eisenbahnen Rücklagen zu machen sind, in der Schaffung eines Eisenbahnrathe und in der festen Umgrenzung der Befugnisse der Provinzialdirectionen.

Im Deutschen Reiche sollen allerlei wichtige Dinge bevorstehen 1) die Einführung zweijähriger Budget-Perioden statt der seither einjährigen, so daß alle 2 Jahre über Einnahmen und Ausgaben des Reiches Rechenschaft abgelegt wird. Es ist dazu Veränderung der Verfassung nöthig 2) Vermehrung der Landwehr-Bataillone, Neubildung von 4 Cavallerie-Divisionen und Errichtung Elb-Lothringer Regimenter. Ohne Geld geht's da nicht ab.

Der neue preussische Finanzminister heißt Bitter und ist sehr musikalisch. Er kimperte, um den Erwartungen zu entsprechen, gern mit dem Geld, wenn er nur mehr hätte, in seiner Kasse ist aber kein Ueberschuß, sondern Mangel. Der Abg. Richter, der gern mit Andern ins Gericht geht, war mit dem Etat, den Bitter den Abgeordneten vorlegte, gar nicht zufrieden, er behauptete, es sei keine Zukunftsmusik drin oder eigentlich gar keine Musik und fragte, wo denn die versprochenen Steuer-Nachlässe und Erleichterungen geblieben seien u. s. w. u. s. w. Bitter antwortete, die Bismarck'sche Steuerreform sei erst ein paar Monate alt, ihre Früchte wachsen nicht auf der Hand, man muß ihnen Zeit lassen zum Wachsen und zum Reifen. Dr. Birchow fuhr trotzdem auch scharf hinein und verstieg sich sogar zu der Erklärung, eine Besserung der Zeitverhältnisse sei gar nicht möglich, so lange Bismarck an der Spitze der deutschen und preussischen Politik